

Eigentlich . . .

... ist der „blickpunkt“ eine Stadtzeitung. Hier sollten möglichst immer die kommunalen Probleme auf die erste Seite. Manchmal geht es nicht. Warum? Die Menschen werden momentan überschwemmt von Meldungen. Sie sind beunruhigt.

Niemand soll sich seine Ängste ausreden lassen. Vor allem die „kleinen Leute“ müssen wach bleiben - sonst kommen sie unter die Räder.

In dieser Ausgabe gehen wir auf einige dieser Themen ein. Täglich kommen neue dazu. So die Corona-Entwicklung. Betroffen sind meist die Ärmsten der Armen. Ihnen muss unsere Solidarität gehören.

Bemerkenswert die Dreistigkeit des Schweine-Kapitalisten von Gütersloh, (Seite 3 lesen). Fast 2000 Corona-Neuinfizierte. Er ist nicht schuld, sagt er. Es gibt viele von dieser Sorte und

die anderen sind nicht besser. In der Presse: „Wirecard-Vorstand gesteht ein: Verschwundene Milliarden gibt es nicht“. Sind wohl „irgendwo untergegangen“. Neu ist das nicht. Bei vielen Konzernen geht auch Geld „unter“ und taucht auf einer Insel wieder auf. Dort ist es sicher vor dem Fiskus und der Corona-Frage: Wer bezahlt alles?

Nehmen wir Karstadt. Galeria Karstadt Kaufhof will „bis zu 80 Häuser“ schließen. Wo aber bleiben die Verkäuferinnen? Die Aufzählung solcher Skandale würde die „blickpunkt“-Seiten sprengen.

Kapitalismus heißt die Gesellschaftsordnung, in der wir leben.

„Gewinne werden privatisiert, Verluste werden sozialisiert,“ schrieb schon Karl Marx. „Das ist große Politik“, hören wir in Gesprächen.

Wir sagen dazu: „Wenn oben das Geld falsch ausgegeben wird, fehlt es unten, wo es gebraucht wird“. Wir nehmen an, das wissen die anderen politischen Parteien in unserer Stadt auch - aber merkt man davon irgend etwas? Meist sind sie eigentlich nur vor Wahlen präsent.

Wir bleiben bei unseren Infoständen, kennen die Probleme, die den Einwohnern unserer Stadt Sorgen machen und machen diese Zeitung. Wir zeigen Zusammenhänge, helfen auch, die örtlichen Probleme zu lösen.

Viele Leute wollen sich nicht mehr alles gefallen lassen.

Sie haben recht und uns auf ihrer Seite.



Schweinesystem

Wer glaubt, wir hätten Corona hinter uns, liegt falsch.

Beim Schlachtbetrieb Tönnies in Gütersloh gab es in wenigen Tagen fast 2000 neue Corona-Fälle.

Gründe sind die unhaltbaren und menschenunwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen.

Die Verantwortlichen versuchen sich rauszureden. Dem Unternehmen sei es nicht gelungen, die Adressen aller Mitarbeiter vorzulegen, hieß es. Diese Geschäftsleitung gehört nicht in Quarantäne, sie gehört in den Knast!

Für sein Theaterstück „Die heilige Johanna der Schlachthöfe“ (1931) schrieb Bertolt Brecht für Johanna den Satz „Sorgt doch, daß ihr die Welt verlassend nicht nur gut wart, sondern verlaßt eine gute Welt!“ Er beschrieb die Arbeit in den Schlachthöfen von Chicago (Abbildung).

Möglichst viel Fleisch auf den Markt! Möglichst viel Profit für wenige. Chicago oder Gütersloh es hat sich nicht viel verändert. Kapitalismus. Das Zitat der Johanna bleibt aktuell. Dieser Kapitalismus muss überwunden werden!

Linke Opposition bleibt notwendig!

DKP
LINKE LISTE



Der Kapitalismus wird unsere Welt zerstören

„Geld regiert die Welt“, heißt es und nicht die jeweils von uns gewählten Regierungen.

Wenn 26 Milliardäre so viel besitzen wie die Hälfte der Weltbevölkerung, dann ist doch der Beweis erbracht, dass unser Wirtschaftssystem pervers ist. Zudem führt es systembedingt zu Krieg und Umweltzerstörung.

Viel redet man heute von Bill Gates (geschätztes Vermögen 98 Milliarden Dollar).

Die Rüstungsindustrie hat aber einen ähnlichen Einfluss auf die Politik.

Nennen wir die Milliardäre: Jeff Bezos (Amazon), geschätztes Vermögen 113 Milliarden Dollar; Marc Zuckerberg (Facebook), geschätztes Vermögen 55 Milliarden Dollar; Steve Ballmer (Microsoft), geschätztes Vermögen 53 Milliarden Dollar; Larry Page (Google), geschätztes Vermögen 51 Milliarden Dollar; Sergey Brin (Google), geschätztes Vermögen 49 Milliarden Dollar.

Dazu kommen die großen Energiekonzerne, die bekanntlich meist hinter den Öl- und Gaskriegen der USA stecken.

Reden wir von den CEOs (Chief Executive Officer).

Die Vorstandschefs in Europa verdienen sehr viel - aber US-Manager noch viel mehr.

Wer reich ist, ist einflussreich

Im vergangenen Jahr erhielten die Chefs der 71 großen europäischen Unternehmen im Durchschnitt 6,0 Millionen Euro.

In den USA heimsten die Chefs der im Dow Jones gelisteten Konzerne dagegen umgerechnet durchschnittlich 19,8 Millionen Euro ein.

Höchstbezahlter CEO der in Europa einbezogenen Unternehmen war 2019 der Chef des deutschen Industriekonzerns Linde, der Amerikaner Stephen Angel, mit einem Gehalt von 16,5 Millionen Euro.

Den Einfluss der „Quandt und Klatten“ (geschätztes Vermögen 29 Milliarden Dollar) und „Bertelsmann“ (geschätztes Vermögen 3 Milliarden Dollar) oder Springer (geschätztes Vermögen 4 Milliarden Dollar) auf die öffentliche

Meinungsbildung kann sich eigentlich jeder vorstellen.

Gesundheit wurde zur Ware

Jeder kann es heute eigentlich wissen: Die privaten Krankenhäuser sollen Profit machen - Gesundheit wurde zur Ware.

Solange die unerträgliche Macht einer kleinen Minderheit auf die Entwicklung der Weltgemeinschaft nicht gebrochen wird, werden Hunger, Krankheit, Ausbeutung, Kriege und Umweltzerstörung das Ergebnis sein.

Das wusste schon der alte Marx: *„Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es allemenschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens.“*

Karl Marx kannte Clemens Tönnies nicht. Das US-Magazin Forbes schätzt das Vermögen des Fleischfabrikanten auf 1,4 Milliarden Euro.

Typen gibt es!



Ist Philipp Amthor käuflich? Diese Frage stellt nicht nur der Spiegel. Der junge CDU-Bundestagsabgeordnete machte Lobbyarbeit für eine dubiose Firma aus den USA – und bekam offenbar Gegenleistungen. Die Rede ist von Aktienoptionen, einem Direktorenposten und Luxusreisen.

Der Fall Amthor zeigt es erneut: Deutschland braucht strengere Regeln für Politiker*innen. Die Union hat das bislang verhindert. Gut möglich, dass es viele ähnliche Fälle gibt – sie kommen nur nicht ans Licht. So müssen Abgeordnete zwar ihre Nebeneinkünfte offenlegen – doch Aktienoptionen dürfen sie verschweigen. Selbst, wenn diese Millionen Euro wert sind.

Sie kommen schon unter

Früher waren die Dörfer rings um den Frankfurter Flughafen meist SPD-Hochburgen. Manche abgewählten Politiker kamen bei Fraport „unter“. Damals wunderte man sich auch in unserer Stadt, wieviel Sozialdemokraten im Parlament aufstanden und den Sitzungssaal verliessen, wenn Flughafenangelegenheiten diskutiert werden sollten. Man wollte aus „persönlicher Betroffenheit“ nicht mitstimmen.

In der „großen“ Politik ist es auch üblich, dass „nicht mehr gewählte“ oder „Ausgeschiedene“ ganz schnell - oft ohne die gebotene Frist einzuhalten - als Lobbyisten oder in Behördenspitzen wieder auftauchen.

Jetzt ist auch die ehemalige „linke“ Hoffnung der Jusos, die ehemalige Generalsekretärin der SPD und ehemalige SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag Andrea Nahles, untergebracht worden.

Sie wird neue Präsidentin der „Bundesanstalt für Post und Telekommunikation“. Es stimmt natürlich, dass sie in ihren vorherigen Jobs nichts Gescheitertes zustande gebracht hat, aber als Leiterin einer Unterbehörde des Finanzministeriums kümmert sie sich um die Versorgung der Beamten des früheren Staatsunternehmens „Deutsche Bundespost“. Finanzminister Olaf Scholz hat seiner Parteikollegin zwar einen mit 180.000 Euro Anfangsjahresgehalt gut dotierten Job verschafft, doch wohlweislich einen, bei dem sie nicht allzu viel anrichten kann.



Großkapitalisten

Hendrik Leber, der Chef der Kapitalverwertungsgesellschaft Acatis Investment, erklärte im März im Focus: „Ich habe meinem Team gesagt: „Lasst uns auf die Jagd gehen. Denn uns kommen reihenweise tolle Gelegenheiten entgegen.“

„Tolle Gelegenheiten“, Aufkaufen, Verkaufen, Milliardenprofite machen. Was wir zurzeit erleben, gleicht einer Schockstrategie. Man jonguliert mit Milliarden. „Danach wird die Welt anders aussehen“, sagt Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz am 18. März 2020.

Wer wird später alles bezahlen?

Die Frage hört man oft. Die Forderung: die Supermilliardäre heranzuziehen, stößt bei den Regierenden noch auf taube Ohren. Also muss gerade auch diese Forderung lauter vorgetragen werden.

Wenn wir den momentan herrschenden Kapitalismus in Frage stellen, dann sehen wir uns natürlich auch die Leute an, die dieses System tragen. Deshalb nochmals Clemens Tönnies, den Boss der Fleischfabrik.

Laut „Spiegel“ war Tönnies einer der Prominenten, die mit Cum-Ex-

Geschäften Geld vom Finanzamt erlangten, bei denen sie sich Ertragsteuern erstatten ließen, die sie zuvor gar nicht abgeführt hatten.

Im Jahr 2012 ermittelte die Steuerfahndung gegen Clemens Tönnies wegen Steuerhinterziehung.

Im Jahr 2016 konnte das Bundeskartellamt eine Geldbuße in Höhe von 128 Millionen Euro wegen erwiesener Preisabsprachen an die Tochterunternehmen Böklunder, Plumrose und Könecke Fleischwarenfabrik nicht eintreiben, weil Tönnies die Aktivitäten dieser Firmen auf andere Gesellschaften der Zur-Mühlen-Gruppe übertragen und diese Tochterfirmen anschließend hat liquidieren lassen. Die Bußgeldverfahren wurden eingestellt.

Verschwiegene Unternehmensbeteiligung

Im Januar 2013 verhängte das Bundeskartellamt gegen Clemens Tönnies ein Bußgeld in Höhe von 90.000 Euro (bei einem Bußgeldrahmen von 100.000 Euro), weil Clemens Tönnies bei der Fusionskontroll-Anmeldung des Erwerbs des Schlachtunternehmens Tummel durch die Tönnies Holding seine Beteiligung an der Zur-Mühlen-Gruppe verschwiegen hatte. . . . und so weiter und so fort!

Quelle: www.wikipedia.org

Spenden an die CDU

Bekannt wurde jetzt auch: Insgesamt flossen in den vergangenen Jahren 158.474 Euro von Tönnies an die CDU. Spenden an andere politische Parteien fand man nicht.

Wer uns helfen will diese Zeitung zu verteilen, wer Ideen und Vorschläge hat oder beim „blickpunkt“ mitwirken will - kann sich gerne melden.

**Infos:
RudiH@dkp-mw.de
www.dkp-mw.de**

Wo öffentliches Geld fließt, muss öffentliches Eigentum entstehen und öffentliche Einflussnahme folgen.

Schon vor der Pandemie befand sich die Industrie in Deutschland in der Rezession. Die Coronakrise trifft die Wirtschaft nun mit voller Wucht.

Die Arbeitslosenzahl ist von April auf Mai erneut kräftig gestiegen. Mit 2.813.000 liegt sie 169.000 höher als im Vormonat. Insgesamt lag die „Unterbeschäftigung“ im Mai 2020 bei 3.573.000 Personen. Das waren 383.000 mehr als vor einem Jahr.

Vom 1. bis einschließlich 27. Mai wurde für 1,06 Millionen Personen konjunkturelle Kurzarbeit angezeigt, nach zusammen 10,66 Millionen im März und April. Das ist mit erheblichen Einkommensverlusten verbunden.

Der globale Kapitalismus ist krank. Ein einfaches Zurück zum Vor-Corona-Kapitalismus ist keine Lösung.

Die Finanzsphäre ist kaum zu kontrollieren. Der Riss zwischen „oben“ und „unten“ wird größer.

Der Kapitalismus hängt unverändert am fossilen Wachstumsmodell.

Wichtig ist jetzt: Wo öffentliches Geld fließt, muss öffentliches Eigentum entstehen und öffentliche Einflussnahme folgen. Wenn der Bund Milliardenhilfen bereitstellt, muss es verbunden werden mit Beschäftigungszusagen, der Ausweitung von Mitbestimmung und der Einflussnahme auf die Produktentwicklung in Richtung ökologischer Verträglichkeit.

Öffentliche Investitionen sind weiter dringend notwendig, angefangen vom defizitären Gesundheitsswesen, bis zum Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs.

Früher oder später stellt sich die Frage: Wer kommt für die Krisenmilliarden auf, mit denen die Ökonomie gerettet wird. Klar, man wird immer versuchen die „großen“ zu schonen und den „Kleinen“ in die Tasche zu greifen.

Wir müssen wachsam bleiben. Auch in der Kommunalpolitik.

Rassismus pur

2019 sorgte Tönnies mit einer umstrittenen, vielfach als rassistisch kritisierten Aussage beim Tag des Handwerks in Paderborn für einen Eklat. In einem frei gehaltenen Vortrag zum Thema „Unternehmertum mit Verantwortung – Wege in die Zukunft der Lebensmittelerzeugung“ kritisierte er die Idee, bestimmte Steuern für den Kampf gegen den Klimawandel zu erhöhen. Tönnies forderte in dem Vortrag auf:

„Der Bundesentwicklungsminister solle stattdessen Kraftwerke in Afrika finanzieren, der spendiert dann jedes Jahr 20 große Kraftwerke nach Afrika. Dann hören die (Afrikaner) auf, die Bäume zu fällen, und sie hören auf, wenn's dunkel ist, wenn wir die nämlich elektrifizieren, Kinder zu produzieren.“ Quelle: www.wikipedia.org

Die DKP / LINKE LISTE fordert in einem Antrag:

**Örtliche Vereine müssen die Corona-Pandemie unbeschadet überstehen
Schnellstens Vereinskommision einberufen**

Zur aktuellen Situation und der jüngsten Landtagsdebatte zu den Soforthilfen für hessische Vereine erklärt Dietmar Treber, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der DKP/Linke Liste und Mitglied der Vereinskommision u.a. :

„Ein wichtiger Bestandteil unseres sozialen Lebens sind die vielen ehrenamtlich geführten Vereine und Verbände - im Sport, der Kultur, den unterschiedlichsten sozialen und gesundheitlichen Bereichen, dem Natur- und Umweltschutz und dem Tierschutz. Diese Vereine verfügen oft über kein finanzielles Polster, keine Rücklagen. Sie leben vom vielfältigen ehrenamtlichen wie auch finanziellen Engagement ihrer Mitglieder. Und deshalb brauchen sie endlich schnelle finanzielle Hilfe und Unterstützung. Durch den Wegfall an Veranstaltungen und Festen, bedingt durch die Corona-Pandemie, sind viele Vereine an ihren Grenzen.“

...

„In allen Bereichen, ob Sport, Freizeit, Kultur, Jugend, Gesundheit und Soziales oder auch im Natur-, Umwelt- und Tierschutz, bereichern ehrenamtlich geführte Vereine das Leben in unserer Doppelstadt. Diese Vielfältigkeit an gemeinnützigen Vereinen gilt es zu erhalten.“ ...
Daher hat jetzt die Stadtverordnetenfraktion der DKP/LL angeregt, schnellstens die Vereinskommision einzuberufen. Dabei soll es um Sorgen der Vereine gehen und beraten werden, welche Möglichkeiten und Hilfen es für die Betroffenen gibt.

Von Erich Schaffner erhielten wir einen Leserbrief zum Thema „Baugebiet Seegewann“ in dem es heißt:

Als „Mersenuelt“ wurde der jetzige Doppelstadt-Teil Mörfelden schon 776 im Lorscher Reichsurbar und 830 im „Codex Laureshamensis“ urkundlich erwähnt. Über die Namensformen Mersfelt (1016), Mersevelt (1211 - 1318) und Mersfelt (1405) entwickelte sich der heutige Ortsname „Mörfelden“. Das namensgebende althochdeutsche Wort „merse“ bedeutet „niedriges, fettes Land an Wassern, nutzbarer Wasserboden“. Es ist verwandt mit dem norddeutschen Ausdruck „Marsch“ und dem englischen „marsh“ mit der Bedeutung „Moor, Sumpf“.

Die Mersevelter wussten das fruchtbare Seebodengebiet zwischen der heutigen Langener Straße, der Umgehungsstraße B44 und der Seegasse schon früh als Gartenland zu schätzen. Bis heute ist das Gelände „im See“ ein beliebtes Kleingartengelände und viele Mörfelder haben dort ihr „Seesticksche“.

Auf dieses Gebiet wird jetzt ein Angriff verübt: Die Rathaus-Koalition aus FW, SPD und FDP möchte es gerne zum Baugebiet erklären. Warum? Es gibt ein Projekt „Großer Frankfurter Bogen“, mit dem die Stadt Frankfurt unter Mithilfe des Landes Hessen ihr Wohnungsproblem dem Umland aufhalsen möchte. Wir sollen für Frankfurt bauen. Natürlich gibt es dafür ein paar Landeszuschüsse, die aber die unvermeidlichen Folgekosten (Verkehr, teure Infrastrukturmaßnahmen, Kindergärten usw.) sicher nicht zu decken vermögen, von den Umweltschäden ganz zu schweigen.

Die FDP hatte in den Siebzigern schon mal ähnliches versucht: Sie wollte aus dem „See“ einen Parkplatz machen. Damals scheiterte das am massiven Widerstand der meisten Mörfelder. Diese lästige Einmischung der Bevölkerung in Spekulant-Angelegenheiten kann aber heute leicht verhindert werden. Nämlich durch die kreative Anwendung des neuen „Ermächtigungsgesetzes“.

Wegen der Corona-Krise hat der Landtag einen Zusatzparagraphen zur Gemeindeordnung verabschiedet, der Einschränkungen der kommunalen Demokratie ermöglicht. So kann jetzt bis auf weiteres der Haupt- und Finanzausschuss anstelle der Stadtverordnetenversammlung tagen. Und zwar in nichtöffentlicher Sitzung, als Telefonkonferenz. „Gelegenheit macht Diebe“, sagt ein deutsches Sprichwort – und das sagten sich wohl auch die großenteils ortsfremden Herren im Rathaus. Und so war die Beschlussvorlage für die Vorbereitung der See-Bebauung erst 48 Stunden vor dieser Geheimsitzung im Rats- und Bürgerinformationssystem zu finden. Und die Abstimmung darüber findet unter Ausschluss von Öffentlichkeit und Presse im „Umlaufverfahren“ statt. Noch Fragen?

Ich meine: Dieser Angriff auf ein schönes und ökologisch wertvolles Gartengebiet - ausgerechnet in einer Stadt, die sich viel auf ihre Klimapolitik zu Gute hält - sollte zurückgewiesen werden.



KOMMUNALES

In der aktuellen Diskussion ist ein Bürgermeisterantrag „Innenentwicklung Wohnen in Mörfelden-Walldorf“.

Dazu hat die DKP/LL einen Ergänzungsantrag gestellt in dem es u.a. heißt:

Leerstand vermeiden bzw. beenden - mehr für bezahlbaren Wohnraum tun

Förderung der Vermietung von privatem Wohnraum

Gewährung von Zuschüssen und zinslosen Krediten für Eigentümer bisher privat genutzter Ein- und Mehrfamilienhäuser, die Teile dieser Häuser in vermietbaren Wohnraum umwandeln möchten.

Ausarbeitung eines in die Einzelheiten gehenden Programms durch das Wohnungsamt in Zusammenarbeit mit dem Stadtplanungs- und Bauamt.

Großzügige Auslegung von Baurecht und Stellplatzsatzung in Problemfällen durch Anwendung des Rechtes, Ausnahmen zu gewähren.

Steuerung der Belegung des so geschaffenen Wohnraums auf Wunsch durch das Wohnungsamt der Stadt.

Abschluss der Mietverträge zwischen der Stadt und den Mietern. Entlastung der Wohnungseigentümer von „Papierkrieg“ durch Übernahme der Verwaltung des Mietverhältnisses und der Behandlung etwaiger Rechtsstreitigkeiten aus diesen Mietverträgen durch die Stadt (ggf. in enger Zusammenarbeit mit der „Neuen Wohnraumhilfe“).

Mehr Schutz für Mieter

Der Magistrat wird aufgefordert, als Maßnahme zur Sicherung des Sozialwohnungsbestands in unserer Stadt den Beschluss einer Milieuschutzsatzung zu veranlassen, um der Umwandlung von Sozialwohnungen in Eigentumswohnungen widersprechen zu können und das auch zu tun.

Wohnungs- und Grundstücksbestand anders bewirtschaften - Vorkaufsrecht geltend machen

Gründung und Entwicklung einer „Gemeindebaugesellschaft“ als Eigenbetrieb, auf den der städtische

Wohnungs- und Grundstücksbestand übertragen wird.

Mit der Aufgabe der Verwaltung des Städtischen Grundstücks- und Wohnungsbestands und Finanzierung des Ankaufs von Grundstücken im Bestand als Voraussetzung zur Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum in städtischem Eigentum (Wohnungs- und Grundstücksbevorzugung insbesondere in den Altstadtlagen durch Geltendmachung eines Vorkaufsrechts).

Ziel ist die deutliche Erhöhung des Bestands an bezahlbaren (Sozial-) Wohnungen in den bestehenden Wohngebieten unserer Stadt in den nächsten 5 Jahren durch Kauf/Bau.

Ein Leben für die Arbeiterbewegung

Wilfried Lang ist gestorben



Am 10. Juni verstarb unser Genosse Wilfried Lang. Viele „Opeler“ kennen ihn noch, er gehört in die Reihe der legendären kommunistischen Betriebsräte bei Opel, wie Fritz Zängerle und Alois Koppey. Wilfried, am 1.7.1928 in Worms geboren, lebte ein ereignisreiches und kämpferisches Leben. Er wurde 17-jährig noch Soldat und kam Ende April 1945 in sowjetische Kriegsgefangenschaft.

Als er im August 1945 zurückkehrte, war das Elternhaus durch Bomben zerstört. Ab Ende Oktober 1949 arbeitete er bei Opel in Rüsselsheim. Er wurde Mitglied der KPD, kam „bei Adenauer“ ins Gefängnis, weil er half, die Betriebszeitung herzustellen und zu verteilen.

Im Betrieb war er Vertrauensmann, Mitglied der IG Metall Vertreterversammlung, Betriebsrat und Mitglied der Ortsverwaltung. In Betriebsversammlungen bekam er oft riesigen Beifall. Er war in vielen Funktionen in der DKP aktiv.

In Wilfried Langs Leben gab es jedoch nicht nur Politik. Fußball und Karneval sind aus seinen jungen Jahren nicht wegzudenken. Er spielte in der Landesliga und in der Bezirksliga. Zehn Jahre war er aktiver Schiedsrichter.

Ohne Kollegen und Genossen wie Wilfried hätte die Arbeiterbewegung keine sozialen Fortschritte erkämpfen können. Das darf man nie vergessen.

Auch im hohen Alter war Wilfried Lang noch aktiv. Er engagierte sich im DGB-Seniorenbeirat in Rüsselsheim. Hier war er auch lange zweiter Vorsitzender im Ortskartell. Sein Anliegen damals: bezahlbare und altersgerechte Wohnungen.

Als er nach Berlin wegzog, fragten wir ihn nach seinem Hauptwunsch: „Frieden“ und „nie wieder Nazis!“, sagte er.

Der konsequente aufrechte Gang kennzeichnet sein Leben. Wir werden ihn nicht vergessen.

Danke für Ihre Spenden!

**Das blickpunkt-Spenden-Konto:
Kreissparkasse GG
IBAN DE37508525530009003419**



Mitglieder der DKP hatten kurzfristig zu einer Demonstration auf dem „Dalles“ gegen Rassismus aufgerufen. Hintergrund ist der gewaltsame Tod George Floyds in den USA.

Der Mord an George Floyd in Minneapolis hat weltweit Menschen schockiert. Die Bewegung „Black Lives Matter“ („Schwarze Leben zählen“) ist in den USA entstanden und inzwischen eine internationale Bewegung geworden.

Mit dieser hat sich die DKP Mörfelden-Walldorf solidarisiert und auf dem Dalles in Mörfelden kurzfristig eine Demonstration gegen Rassismus organisiert. Diese war mit 80 bis 90 Teilnehmern, die wegen des Coronavirus Schutzmasken trugen und sich in Abständen über den Platz verteilten, gut besucht.

viele mit schwarzer Hautfarbe, in Armut. In Bezug auf rassistische Polizeigewalt nannte Beyermann auch mehrere Beispiele aus Deutschland. „Die Solidarität in Deutschland mit den Protesten in den USA muss sich also folgerichtig auch gegen Rassismus und Polizeigewalt in Deutschland richten.“ Die Versammlung endete mit einer Rede von Felicia Davis, die von Fiona Weidmann von der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) für sie vorgetragen wurde. Die deutsch-amerikanische Studentin aus Rüsselsheim konnte aus gesundheitlichen Gründen nicht selbst kommen. Davis schilderte den Rassismus in den USA. Felicia Davis hofft auf die Bewegung „Black Lives Matter“. Diese sei die bislang größte weltweite Bürgerrechtsbewegung.



Wenn du mit uns zu Veranstaltungen fahren willst oder diskutieren und feiern möchtest, schreib uns!

Auf

[facebook.com/DKP](https://www.facebook.com/DKP)
LinkeListe/

instagram: @dkpmoewa

Für die DKP sprach Tim Beyermann: „Wir stehen in uneingeschränkter Solidarität mit den Protesten in den USA und rufen ausdrücklich zur Beteiligung an den Aktionen in Deutschland auf.“ Die soziale Ungleichheit in den USA nannte Beyermann „obszön“. Während wenige, überwiegend weiße Milliardäre, massive Vermögenssteigerungen erzielten, lebe ein großer Teil der Bevölkerung, darunter sehr

Der gewaltsame Tod von George Floyd in den USA schockierte Menschen weltweit. Kurz danach wurde ein weiterer Afroamerikaner, der 27-jährigen Rayshard Brooks aus Atlanta in den USA von einem Polizisten getötet.

Gestorben nach zwei Schüssen in den Rücken

Gerichtsmediziner werfen Polizisten in Atlanta Tötungsdelikt vor

Zwei Schussverletzungen haben zum Tod des Afroamerikaners Rayshard Brooks nach einem Polizeieinsatz in Atlanta im US-Bundesstaat Georgia geführt. Die Gerichtsmediziner werfen nach Howard sagte dem TV-Sender CNN, Brooks scheine für niemanden eine Bedrohung dargestellt zu haben. „Die Tatsache, dass es bis zu seinem Tod eskaliert ist, erscheint einfach unan Brooks' Tod führte in Atlanta zu erneuten heftigen Protesten gegen Polizeigewalt; dabei blockierten Demonstranten auch eine Autobahn. Bereits in den vergangenen Wochen...

KEINE WEITERE FLUGHAFENERWEITERUNG



Hilfe für Fraport fordert der Vorsitzende der Bürgeraktion „Pro Flughafen“ Klaus-Peter Willsch. Diese „Bürgeraktion“ ist schon mit großen Werbeaktionen für den andauernden Ausbau des Airports aufgefallen, Wer ist Klaus-Peter Willsch? Er ist für die CDU seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestags und dort Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie, sowie Stellv. Mitglied im Verteidigungsausschuss. Er ist u.a. weiterhin Mitglied des Vorstands der Lobbyorganisation Forum Luft- und Raumfahrt und Mitglied der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen, die Lobbyisten und Bundestagsabgeordnete zusammenbringt. Er besitzt den „Rheingau-Taunus-Monatsanzeiger“, der von Willsch zur Verbreitung seiner politischen Positionen genutzt wird. Dieses Blatt wurde von seinem ehemaligen Arbeitgeber Fraport sowie den Rüstungsfirmen EADS und Eurojet über Anzeigen gefördert. Willsch hielt nach der Europawahl 2014 eine Koalition mit der Alternative für Deutschland (AfD) für denkbar.

Wie es gemacht wird

Es gibt nicht nur den Lobbyverein „Pro Flughafen“ sondern auch „Ja zu FRA“. Beide Vereine werden mit tausenden von Euros von Fraport unterstützt. So wird das heute gemacht. Stimmungen werden mit viel Geld erzeugt.

Auch mit anderen Aktionen. Als in Mörfelden-Walldorf bei der letzten Wahl die „Freien Wähler“ ins Parlament einzogen, wurden als erste Maßnahme alle Protestschilder gegen den ständigen Flughafen-ausbau, abgehängt.

Massenentlassungen bei Fraport

Die Fraport AG plant jetzt einen umfangreichen Stellenabbau. Bis zu rund 4000 Stellen sollen wegfallen. Das sind über 15% der Gesamtbeschäftigten (z.Zt. 22.000). Eine Bankrotterklärung.

Viele aus unserer Stadt werden betroffen sein - denn ungefähr 3000 arbeiten am Flughafen. Ihnen gehört Solidarität.

Die beiden größten Anteilseigner, das Land Hessen und Frankfurt haben jahrelang von den Dividendenzahlungen profitiert. Wie ist das jetzt mit der „sozialen Verantwortung?“

Wenn's kriselt, springt letztlich der Steuerzahler ein, der aber nichts zu bestimmen hat. Auch nicht, wenn Wald gerodet und den Billigfliegern ein Terminal gebaut wird.

Fraport macht weltweit Geschäfte. Kaufte ganz billig künftig lukrative griechische Flughäfen.

Um Kosten zu sparen, schickte Fraport die meisten Mitarbeiter in Kurzarbeit. Die Fraport lässt sich seit Jahren als

„Jobmotor“ feiern. Ein Baustop für das Terminal 3 wurde abgelehnt. Man denkt an Billigflieger, die dort landen können und den zu erwartenden „Aufschwung“ im Luftverkehr.

„Wenn nicht morgen dann übermorgen“, hieß es.

Aber dann schickte sie, wie alle kapitalistischen Konzerne, auf Kosten der Allgemeinheit die Beschäftigten in Kurzarbeit.

Jetzt noch Massenentlassungen. Auf die Kommunalpolitik werden neue Probleme zukommen.

Fraport: Unser „guter Nachbar!“?

1.000 Stellen weg

Der Ferienflieger Condor will wegen der Corona-Krise ein Viertel seiner Flotte reduzieren und Arbeitsplätze streichen. 1.000 Beschäftigten droht damit die Arbeitslosigkeit. Die Fluglinie hatte vom deutschen Staat eine Finanzhilfe von etwa einer halben Milliarde Euro erhalten.

AUS DER POST



Hirschkäfer-Vernichtung nicht zulassen

Ein Leser schickte uns viele Bilder von großen Hirschkäfern.

Er sah sie kürzlich abends im Wald an der Darmstädter Straße.

Die Hirschkäfer brummten ihm über den Kopf. Einer landete auf der Hegbachbrücke.

Mit einem dicken Handschuh aus dem Auto konnte er ihn einen Moment festhalten und ihn knipsen. In seinem beiliegenden Text meinte er noch:

„Wir dürfen auf keinen Fall zulassen, dass die Südumgehung jetzt noch mal ‚aufgewärmt‘ wird. Dann würde auch diese Käfer-Population ausgelöscht.“

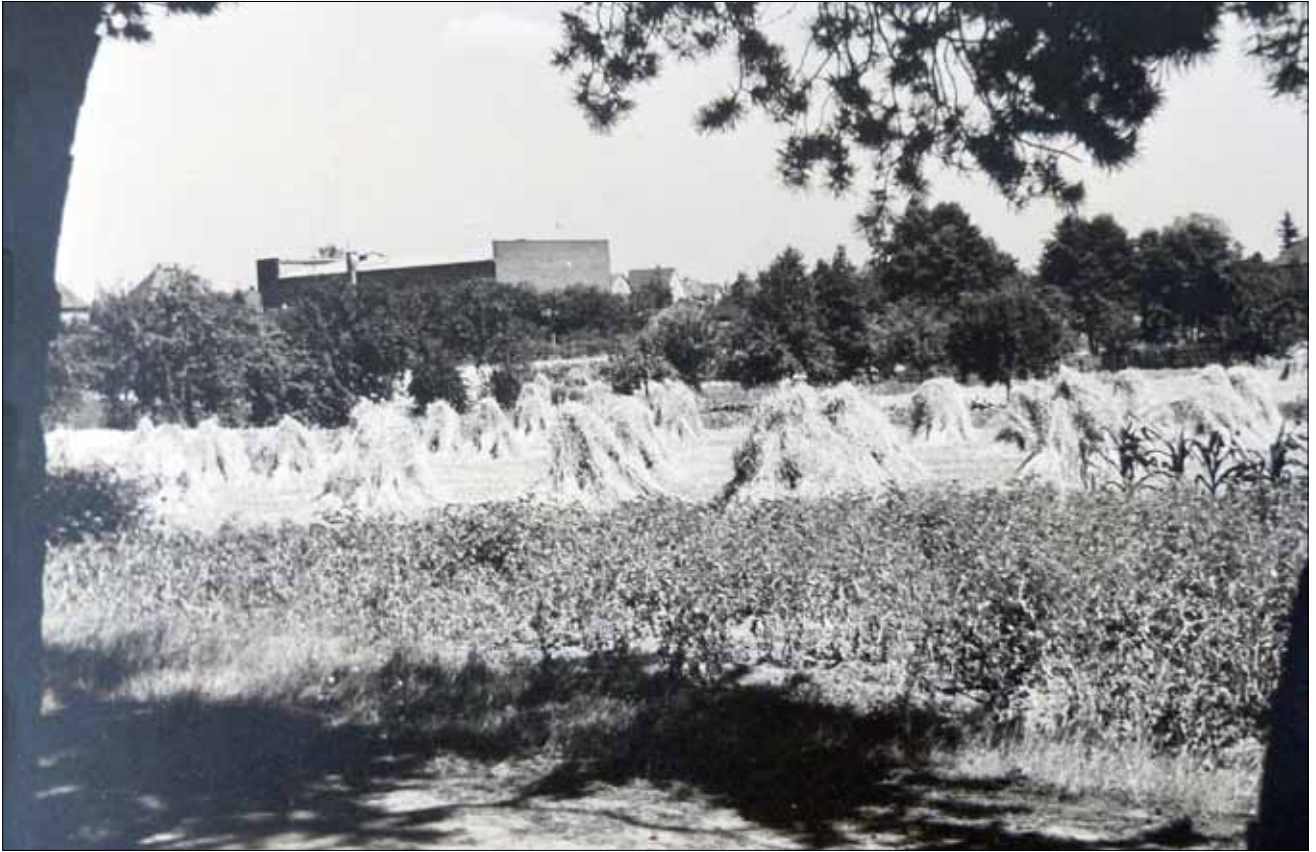
Die örtlichen Parteien, die sich immer noch für die Südumgehung aussprechen, sollten überlegen: Seit dem Beginn der Planungen sind Jahrzehnte vergangen. Alles hat sich verändert.

Heute sterben täglich Arten aus. Der Klimawandel wirkt.

Wir sollten das Projekt Südumgehung unbedingt verhindern!“

Wir finden die Zuschrift sehr wichtig und stimmen ausdrücklich zu.

Stadtgeschichten



Das heutige Foto, aufgenommen etwa Ende der 1940er Anfang der 1950er Jahre von der Stelle aus, wo heute der Gärtnerweg verläuft, zwischen Westendstraße und Gerauer Straße. Im Hintergrund sieht man das Mörfelder Volkshaus, das heutige Bürgerhaus. Auffallend ist im Vordergrund ein Acker mit aufgestellten Kornhaufen. Es war aber Roggen, der hieß in unserer Gegend Korn. Da war schon viel Arbeit getan Mitte Juli. Das Wetter passend und sicher hieß es einige Tage zuvor: „Korn abmache“. Da war die ganze Familie gefragt. Es fuhren noch keine Mähdrescher über die Felder. Mühsam musste, meist vom Vater, Schlag für Schlag mit der Sense am Reff (von Raffen) das Getreide abgemäht werden. Hinter dem Mäher ging, rückwärts in gebückter Haltung die „Kleckerin“ (oft die Mutter), die mit der Sichel das Gemähte aufhob und auf ein aus Strohhalmen geknüpftes Seil legte. Das Legen der sogenannten Seilchen und das Zusammenrechen der Reste war Aufgabe der Kinder. Nach dem Zusammenbinden der „Gekleckte“ wurden die „Bosen“ zum Abtrocknen zu Kornhaufen aufgestellt. Erst nach Tagen, je nach Wetter, wurde die Ernte auf Wagen geladen und zur Dreschmaschine auf dem Dreschplatz gefahren. Das gewonnene Getreide, nach dem Trocknen in der Mühle zu Mehl gemahlen, war ein wesentlicher Zuerwerb in den Arbeiterfamilien, aber auch eine Zugabe zu den Lebensmittelkarten in der Kriegs- und Nachkriegszeit.

Liebe Leserinnen und Leser unserer Stadtzeitung!

Wir freuen uns, wenn Sie dem „blickpunkt“ helfen, durch Mitarbeit und Informationen. Wir freuen uns über alte und neue Fotos. Wir brauchen auch weiter Ihre finanzielle Unterstützung. Danke.

Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden

KuBa



Seit Mitte März ist der Kulturbahnhof geschlossen und das wird auch noch bis Ende Juli so bleiben müssen. Es wäre zwar möglich, wieder zu öffnen, aber wegen des damit verbundenen großen Aufwandes wurde beschlossen, bis nach den KuBa-Sommerferien damit zu warten. Das KuBa-Team hofft, das August-Programm auch tatsächlich präsentieren zu können. Für einige der ausgefallenen Konzerte sind die folgenden Nachholtermine geplant:
Das Konzert von Paddy Schmidt wird am 8.10.20 nachgeholt, das Konzert von „Nostalgie de Paris“ am 21.11.20.

Das Konzert von „Lidschis und die Melodymakers“ und „Fishing Souls“ wird am 13.3.2021 sein. Nach wie vor gilt: Die bereits gekauften Karten behalten ihre Gültigkeit, können aber auch an den Vorverkaufsstellen, an denen sie erworben wurden, zurückgegeben werden.

Bei den anderen ausgefallenen Veranstaltungen wird noch abgewartet, wann wieder geöffnet werden kann. Auf der Homepage (www.kuba-moerfelden.de) ist immer der aktuelle Stand zu finden.

Unser Lexikon

Schbrisch

Es Alder
is nix
fer Feischlinge.